

# **TERRORZONE SAHEL - DROHT UNS EIN AFRIKANISTAN?**

Von Armin Osmanovic

Nach dem jüngsten Attentat in der Elfenbeinküste am 13. März 2016, bei dem über 20 Menschen von bewaffneten Terroristen getötet wurden, unter ihnen auch die Leiterin des Goethe-Instituts in Abidjan, ist klar, dass große Teile Westafrikas zum Operationsgebiet von islamistischen Terroristen geworden sind.

Bis dahin hatten sich Attentate (Bamako November 2015 und Ouagadougou Januar 2016) auf den nördlichen Bereich des Sahel, vor allem die Länder Mali, Mauritien und Burkina Faso, beschränkt. Insbesondere Mali ist von Anschlägen betroffen, seitdem im Jahr 2012 islamistische Gruppen große Teile des Landes besetzen konnten, bis französisches und afrikanisches Militär diese Gebiete befreiten.

Neben dem nördlichen Sahel zählen auch der nordöstliche Bereich Nigerias und angrenzende Gebiete in Kamerun und Tschad seit einigen Jahren zum Operationsgebiet der terroristischen Islamisten. In diesem Raum operiert die Terrorgruppe Boko Haram. Diese Gruppierung führt einen regionalen Aufstand gegen die nigerianische Zentralregierung und ist nur aus der komplexen Geschichte des Landes mit seinen konkurrierenden Bevölkerungsgruppen und dem korrupten Zentralstaat, der weite Teile des Landes vernachlässigt, zu verstehen. Boko Haram ist aber nicht nur eine regionale Gruppe, sie ist auch Teil des internationalen Terrornetzwerkes Islamischer Staat (IS), der in Nordafrika (Libyen) und vor allem in Syrien und Irak wütet. Boko Haram zielt auch, wie der im Sahel operierende Al Kaida Zweig, auf westliche Einflüsse und Interessen. Hauptopfer von Boko Haram ist aber die islamische Bevölkerung im Norden Nigerias, die von Boko Haram wegen ihrer zu großen Nähe oder Toleranz zum Westen terrorisiert wird.

## **TERRORSTRECKE: VON MALI IN DEN SÜDEN**

Die für die Anschläge in der Elfenbeinküste, Burkina Faso und Mali verantwortlichen Gruppen, die sich alle der Organisation Al Kaida im islamischen Maghreb zuordnen, zielen vor allem auf westliche Interessen in Westafrika. Ihr erklärter Hauptfeind ist Frankreich. Der Angriff auf Hotels und Restaurants folgt dem Muster der jüngsten Terrorangriffe in Frankreich selbst. Diese weichen Angriffsziele sind kaum zu schützen, vor allem dann, wenn es sich, wie in der Elfenbeinküste um Ziele außerhalb der größerer Städte handelt, wo die Polizeipräsenz seit geraumer Zeit, insbesondere vor Einrichtungen Frankreichs (Botschaften, Kulturzentren, Auslandsschulen usw.) konzentriert ist.

Die asymmetrische Kriegsführung, die nun fast die gesamte Region Westafrika erfasst hat, verfolgen die Terroristen, seitdem französische Truppen auf Bitten der malischen Regierung, der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union die islamistischen Kämpfer vor einer drohenden Einnahme der malischen Hauptstadt Bamako im Jahr 2012 stoppen konnten und im Land gemeinsam mit UN-Blauhelmen stationiert sind. Eine direkte militärische Auseinandersetzung mit Frankreich können die Islamisten in Mali nicht mehr gewinnen. Daher greifen sie zu Terrorangriffen in Mali und der Region.

In Mali selbst nimmt nach einer vorübergehenden Beruhigung der Lage nach der Intervention Frankreichs seit geraumer Zeit die Instabilität wieder zu. Die Terroristen haben sich auf die Präsenz der ausländischen Soldaten, vor allem afrikanischer Länder, aber auch Deutschlands, eingestellt. Nicht mehr nur der Norden Malis ist Operationsgebiet, auch in der Mitte und im Süden des Landes haben sich die Terrorgruppen festgesetzt.

Die ausländische Militärpräsenz beginnt in Mali ins Leere zu laufen. Diese Gefahr nimmt mit Ihrer Dauer zu, vor allem auch deshalb, weil die Soldaten in Gefahr geraten, als ausländische Besatzer wahrgenommen zu werden, auch wenn sie 2012 von der Bevölkerung als Retter gefeiert wurden.

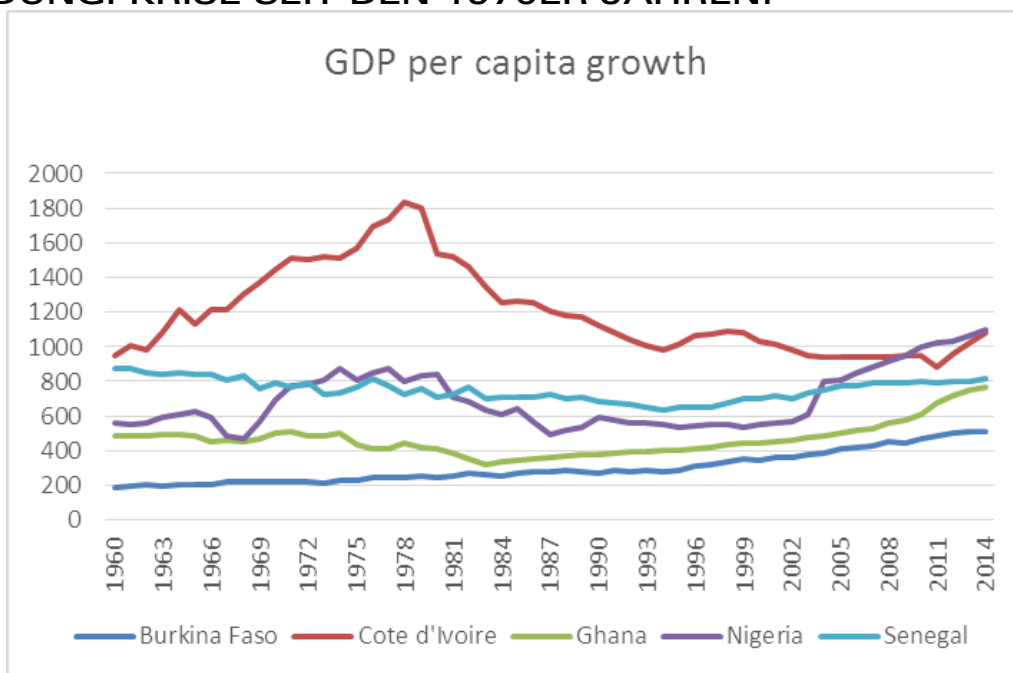
Der neuen Regierung unter dem im Jahr 2013 gewählten Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita ist es bislang nicht gelungen, das Land grundlegend zu befriedigen, dafür ist diese Regierung wie ihre Vorgängerregierungen, nicht in der Lage. Gegen alle Annahmen, die von Mali in der Vergangenheit gerne als ein stabiles Land sprachen, ist Mali, wie andere Länder in Westafrika auch, seit vielen Jahren strukturell instabil.

Diese Instabilität hat eine Ursache in der ökonomischen Dauerkrise. Nach dem Ende der Kolonisation kam es zu einer kurzen Phase der nationalen Euphorie und des wirtschaftlichen Aufschwunges. Eine Modernisierung und ein Aufschließen Westafrikas an die Verhältnisse in Europa erschienen den Eliten und ihrer Bevölkerung möglich. Mit den globalen Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre gingen diese Phase und die damit verbundenen Hoffnungen zu Ende.

Länder wie Mali, Burkina Faso, die Elfenbeinküste oder der Senegal, die der französischen Kolonisation unterlagen, stecken genauso wie die Länder des ehemaligen britischen Kolonialreichs seit den 1970er Jahren in einer fundamentalen Entwicklungskrise, die trotz besserer wirtschaftlicher Entwicklung in den vergangenen Jahren, noch längst nicht vorbei ist.

Die Ursachen der Krise reichen zurück in die Kolonialzeit, in die Funktionsweise des Kolonialstaates als Gatekeeper Staat (Frederick Cooper) und seine prinzipiellen Fortführung durch afrikanische Eliten. Die Krise hat ihren Grund aber auch in den globalen Machtverhältnissen, die Afrikas Ökonomien benachteiligen, und die Medizin der Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre, welche den (Sozial)Staat weiter aushöhlten, ohne kleptokratische Strukturen, wie eigentlich beabsichtigt, abzubauen, sie hingegen sogar verstärkt haben. Und auch der Kalte Krieg, der große Teile Afrikas in einen blutigen Schauplatz von Auseinandersetzungen der Supermächte verwandelte, ist schuld an der heutigen Schwäche afrikanischer Staaten, da unter dem Druck der Systemkonkurrenz afrikanische Autokraten und Kleptokraten sich mittels ausländischer „Hilfen“ an der Macht festklammern konnten.

**ABBILDUNG: KRISE SEIT DEN 1970ER JAHREN.**



Quelle: Weltbank 2016.

Die Länder Westafrikas sind heute, mehr als 50 Jahre nach Ende des Kolonialismus, pro Kopf meist genau so arm, wie am Ende der Kolonisation, und genau wie der Kolonialstaat, der eine komplette Kontrolle seines Gebietes und seiner Bevölkerung erst sehr spät anstrebte, sind diese wirtschaftlich schwachen Staaten, die auch weitestgehend über keine Sozialpolitik verfügen und so auch nicht in der Lage sind, sich tiefer gesellschaftlich zu verankern, trotz ihres häufig demonstrierten Autoritarismus nicht in der Lage das Gewaltmonopol im ganzen Land auszuüben.

Gerade Mali ist seit vielen Jahren ein Musterbeispiel für ein fehlendes Gewaltmonopol. Der Aufstand der

Tuareg ist ein über Afrika hinaus bekanntes Beispiel für seit Jahren in vielen afrikanischen Staaten bestehende konkurrierende Gewaltmonopole. In Mali gibt es neben dem Aufstand der Tuaregs weitere regionale oder lokale Gewaltherrscher, auf welche die Zentralregierung kaum oder gar keinen Einfluss hat. Der Staat ist aber nicht nur wegen dieser Gewaltkonkurrenz instabil, er ist es auch, weil seine Politikerklasse wie schon zu der Kolonialzeit vornehmlich damit beschäftigt ist, den Ressourcenfluss am «Eingangstor» (Gatekeeper State) zu kontrollieren. Diese Ressourcenentnahmen (Zolleinnahmen, Exportgüter) dienen dem politischen Spiel, der Versorgung der Klientel und damit dem Machterhalt. Für weiterreichende Entwicklungsprojekte sind angesichts der ökonomischen Krise meist nicht genug Mittel zur Verfügung.

Neben der historisch gewachsenen Schwäche der afrikanischen Staaten wirken sich heute vor allem drei Entwicklungen in Westafrika krisenverschärfend aus:

(1) Mit dem Zusammenbruch des Regimes in Libyen und des Todes des Diktators Gaddafi, in Folge des Bürgerkrieges und der Intervention der Nato im Jahr 2011, verfügen Terrorgruppen nicht mehr nur über ein Rückzugsgebiet in Algerien, woher die Terrorgruppe Al Kaida im islamischen Maghreb eigentlich stammt. Der Zusammenbruch des libyschen Staates hat den Terrorgruppen wie Al Kaida und dem Islamischen Staat neue Operations- und Rückzugsräume eröffnet. Und neben Libyen ist auch Mali trotz internationaler Militärintervention zu einem Operationsgebiet der Terrorgruppen geworden, da die Anzahl der Truppen nicht ausreicht um das Staatsgebiet und die porösen Grenzen effektiv zu kontrollieren.

(2) Die rapide Bevölkerungsentwicklung in der Region ist ein weiterer Faktor der konfliktverschärfend wirken kann. In vielen Ländern der Region wird es zu einer Verdopplung der Bevölkerung in wenigen Jahren kommen. Damit wird nicht nur das Heer der Armen und Arbeitslosen weiter anschwellen. Der Druck auf die natürlichen Ressourcen nimmt weiter zu und damit die Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die schwachen Staaten sind in der Region schon jetzt mit der sozialen Lage überfordert, wenn deren Staatsführungen überhaupt an den sozialen Verhältnissen und ihre Überwindung interessiert sind. Hilfe und vor allem Perspektiven suchen die Menschen wo anders. Dabei sind nicht so sehr die Armen die treibende Kraft einer möglichen Radikalisierung, sondern eine verunsicherte, weil perspektivlose Klasse von jungen Menschen, zumeist StudentInnen, die im radikalisierten Islam einen Ausweg suchen. Ziel der radikalen Islamisten und ihrer Rekrutierungsversuchen sind denn auch die Universitäten in der Region mit ihren tausenden StudentInnen, die in überfüllten Universitäten der Nutzlosigkeit entgegenstudieren. Angesichts der sozialen Verhältnisse bleibt die Zahl der gewaltbereiten Islamisten in der Region weiter überschaubar, denn den meisten Menschen in der Region ist der universalistisch auftretende Islam (Wahabismus) von der arabischen Halbinsel fremd.

(3) Wie auch andere Gewaltunternehmer in Afrika, die sich als Befreier von korrupten Regimen gerieren, auch wenn sie selbst in Sachen Schamlosigkeit bei der Ausbeutung von Menschen den Regierungen in nichts nachstehen, bieten Terrorgruppen „Perspektiven“, nicht nur Arbeit und Einkommen, sondern ein ideologisches Weltbild und zudem einen konkreten Handlungshorizont, nämlich die Bekämpfung des Westens bzw. von seinen afrikanischen Satrapen und dem Aufbau eines islamischen Staates oder Kalifats inklusive islamischen Rechts. Dabei stehen die Terrorgruppen um die Nachwuchskräfte in zunehmender Konkurrenz. Die jüngsten Anschläge in Westafrika sind wohl eher Ausdruck dieser gewachsenen Konkurrenz zwischen Al Kaida im islamischen Maghreb und Islamischer Staat. Bislang schien dabei der IS im Vorteil, da er neben dem Kampfgebiet Irak und Syrien auch Libyen als ein mögliches Betätigungsfeld neuen Rekruten anbot, wohingegen Al Kaida mehr und mehr als Auslaufmodell galt, nachdem der Krieg gegen den Terror durch die USA das Terrornetzwerk deutlich geschwächt hatte. Mit den letzten Attacken in Mali, Burkina Faso und nun in der Elfenbeinküste zeigt sich Al Kaida im islamischen Maghreb möglichen Rekruten aber wieder als attraktiv, weil «erfolgreich».

## **STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT ODER AFRIKANISTAN**

Die Instabilität Malis ist der zentrale Ausgangspunkt der gegenwärtigen Terrorgefahr in Westafrika. Trotz aller gegenläufiger Beteuerungen, so auch jetzt wieder durch den ivoirischen Staatspräsidenten Alassane Ouattara nach dem Anschlag auf den Badeort Grand Bassam, sind die Staaten in Westafrika nicht allein in der Lage die Terrorgefahr erfolgreich zu bekämpfen, welche die gesamte Region erfasst hat. Die

Terrorbekämpfung in der Region ist Aufgabe der regionalen Entwicklungsgemeinschaft ECOWAS und der Afrikanischen Union sowie der internationalen Gemeinschaft. Gemeinsam müssen Wege gefunden werden, um eine dauerhafte Befriedigung Malis zu erreichen, um so den Terrorgruppen den Rückzugsraum zu nehmen.

Die Militärhilfe von außen, das zeigt der Fall Mali, kann mittelfristig die Probleme nicht lösen. Finanzielle Hilfen können gemeinsam mit nationalen Entwicklungsanstrengungen zur Stärkung des Staates und damit zur Abwehr von Extremismus und Terrorismus beitragen. Über eine notwendige Neuerfindung des Staates in Afrika, eine Überwindung der Politik als vornehmliche Kontrolle über Ressourcenflüsse zur Absicherung der eigenen Klientensysteme, muss aber genauso weiter nachgedacht werden, wie über veränderte globale Rahmenbedingungen, welche es afrikanischen Ökonomien erlaubt endlich die Krise der 1970er Jahre hinter sich zu lassen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die fragilen Demokratien mit Sozialpolitik abzusichern.

Ohne eine Stärkung des Staates und ohne ein gemeinsames Erleben von Demokratie und sozialer Absicherung könnte in Westafrika, das schon als Afrikanistan (Serge Michailof) bezeichnet wird, Perspektivlosigkeit und Terror weiter um sich greifen. Der Zivilgesellschaft kommt bei diesem Prozess der Neuerfindung des Staates in Afrika eine zentrale Rolle zu, wie sich in den Diskussionen um Machtfülle und Verantwortung afrikanischer Präsidenten, die sich nicht selten an ihren Ämtern klammern, gezeigt hat. Ein Beispiel hierfür war die erfolgreiche Kampagne verschiedener sozialer Gruppierungen im Senegal gegen eine weitere Amtszeit des Amtsinhabers Abdoulaye Wade im Jahr 2012.

Neben den sozialen Bewegungen für mehr Transparenz und Rechenschaft in der Politik kommt den islamischen Geistlichen und den staatlichen und nicht staatlichen Bildungsträgern eine zentrale Rolle im Kampf um die Köpfe insbesondere der jungen Menschen zu. In der intra-religiösen Auseinandersetzung um den richtigen Islam geht es in Westafrika auch um die Frage, wie der lokale Sufi-Islam, angesichts der neuen salafistischen Universalansprüche, die vor allem im Umfeld der Universitäten Anhängerchaft gewinnt, seine Verankerung in der Bevölkerung mit seiner bewiesenen Toleranz gegenüber den religiösen Minderheiten in der Region und dem Ausland weiter behalten kann.

## **WEITERFÜHRENDE LITERATUR:**

Frederick Cooper, Africa since 1940. The past of the present, 2002

Serge Michailof, Africanistan, 2015

Bakary Samba, <https://en.qantara.de/content/interview-with-bakary-samba-in-the-arab-world-we-africans-are-viewed-as-inferior-muslims>

Michael Smith, Boko Haram, Inside Nigeria's unholy war. 2015

Jessica Stern und J.M. Berger, ISIS the State of Terror, 2015